

ROTDORN



linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg

ZU GAST BEI FREUNDEN



www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

Inhalt

Leitartikel: »Die Welt zu Gast bei Freunden«.....Seite 03
Wer wir sind und was wir wollen
Die Rotdornredaktion und [solid] stellen sich vor.....Seite 05
Uniformiert und anonym
Zur Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamteSeite 06
Schwarzbraun ist die Havelnuss...
Über den Staatsbürgerschaftsrassismus der CDU.....Seite 07
Interview mit Pedram Shayer
Über den Stand der Mobilisierung zum Anti-G8-Gipfel ..Seite 08
Aufbruch in Frankreich
Über die erfolgreiche Streikbewegung in Frankreich.....Seite 09
Neue Hoffnung für Bolivien
Evo Morales gewinnt die Wahl.....Seite 11
Stillgestanden!
Die Wehrpflicht unter der neuen BundesregierungSeite 13
Buchvorstellung: »Das Imperium der Schande«Seite 13
Ralfis Ökotip.....Seite 14
Gedicht: Opfer der Zeit.....Seite 14
Das Märchen von Hartz IVSeite 14
Zwischen Anpassung und Widerstand
Die Wissenschaft im 3. Reich.....Seite 15
Der neue Antiislamismus
Zur aktuellen »Kampf der Kulturen«-Debatte.....Seite 16
Humankapital marktgerecht
Über die neoliberale Bildungspolitik Europas.....Seite 17
Was passiert mit unserem Müll?Seite 18
TermineSeite 19

Impressum

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 9 000 Exemplaren
16. Jahrgang Nr. 44/06

V.i.S.d.P.
die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg/ Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.de

Kontakt
Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rot_dorn@gmx.de
web: www.rot_dorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 45:
6. Juli 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.

Eine Einladung von:



netzwerk venezuela



Venezuela auf dem Weg zum Sozialismus

Es spricht der venezolanische Gewerkschaftsführer Ruben Linares, Mitglied der Nationalen Koordination der Unión Nacional de Trabajadores (Nationaler Arbeiterbund - UNT), der neuen, mittlerweile stärksten Gewerkschaftszentrale Venezuelas. Er ist außerdem Vizepräsident der Transportarbeitergewerkschaft FEDUTRANS (Federación Unitaria del Transporte).

Ruben Linares ist gerade auf der Durchreise in Deutschland. Wir freuen uns, diesen Akteur der bolivarianischen Revolution in Venezuela und Protagonisten der sozialistischen Umwälzung in seinem Land zu Gast zu haben. Nutzt die Gelegenheit Ruben Linares zu erleben und aus erster Hand über die Revolution in Venezuela zu erfahren.

Mittwoch 17 Mai 19 Uhr
IG Metall - Haus
Alte Jakob Straße 149
Berlin 10969
nähe U-Bahnhof Hallesches Tor

Die Welt zu Gast bei Freunden

Das Sportjahr 2006 hat bereits einen Höhepunkt hinter sich: Die Olympischen Winterspiele. Nun folgt die WM2006, man könnte meinen, das sportliche Ereignis dieses Jahrzehnts, zumindest für Deutschland. Meint man allerdings nicht lange, denn bei genauerem Hinsehen stellt man fest, es handelt sich lediglich um das deutsche Medienereignis der FIFA. »Die Welt zu Gast bei Freunden« - Wir feiern eine Party, das Feuerwerk wird laut und teuer.

Das Los mit den Tickets

Der Traum eines jeden Fans schien in greifbarer Nähe: Die Mannschaft zur WM live im Stadion erleben, sie anfeuern, den Sieg feiern. Doch so einfach ist das dann wohl doch nicht.

Ich kenne niemanden, der eine Eintrittskarte besitzt, doch woran liegt das? An einem Losverfahren, das bisweilen noch niemand so recht verstanden hat und an Preisen, die einen doch an der eigenen Sehkraft zweifeln lassen! Weiterhin darf sowieso nur jemand Tickets »bestellen«, der volljährig ist (Jugendliche Fußballfans soll es durchaus geben!). Was ja nicht so schlimm wäre, wenn man pro Haushalt nicht nur eine begrenzte Anzahl Tickets »bestellen« könnte, da nur ein Drittel der vorhandenen Eintrittskarten an die Fans »verlost« werden. Die restlichen zwei Drittel gehen zu gleichen Teilen an die Sponsoren und an sogenannte »Ehregäste« aus Politik und Wirtschaft. Die ganze Familie kann so jedenfalls nicht ins Stadion, für sie findet die Weltmeisterschaft an der heimischen Glotze statt.

Sollte man dann doch - mit ganz viel Glück und natürlich durch puren Zufall - an Tickets gelangt sei, geht die Schikane gleich weiter. Zur »Personalisierung« des erstandenen Tickets werden nahezu alle persönlichen Daten (Name, Anschrift, Alter, Pass-/ Personalausweisnummer, Telefon-/Faxnummer, E-Mail Adresse, Bankverbindung oder Kreditkartennummer etc.) benötigt. Skandalös ist der Umgang mit den so ermittelten Daten. Diese

werden den Sponsoren für Werbe- und Marktforschungszwecke zur Verfügung gestellt. Widerspruch (fast) zwecklos, denn der muss ausdrücklich auf dem Postweg erfolgen.

Die WM setzt neue Standards

Großereignisse, wie die WM, lassen die Industrie frohlocken. Im Zuge der allgemeinen Euphorie lässt sich allerhand »Neues« an die Frau / den Mann bringen. Mit der Aussicht, dass man »die Schrift auf dem Ball erkennen kann«, werden schon seit Monaten überteuert und technisch unausgereifte HDTV-Fernseher unter das Volk gebracht.

Schlimmer jedoch, als unsinnige Konsumprodukte, ist die erstmals mit der WM großflächig eingesetzte RFID-Technik (Radio Frequency Identification-Label). Die Technik gibt es schon seit längerem. Doch aufgrund datenschutzrechtlichen Bedenken ist sie bisher noch nicht erwähnenswert eingesetzt worden. Erst durch die allgegenwärtige »Terrorgefahr« (Die neuen Reisepässe sind damit ausgestattet) und die WM 2006 hat die Industrie einen Fuß in die Tür bekommen: Der RFID-Chip in der Eintrittskarte sendet ein beständiges Signal aus, das mithilfe eines Transponders



innerhalb eines Umkreis von mehreren Metern eingelesen werden kann. RFID-Chips können billig und in Massen produziert werden. Das Einsatzgebiet umfasst allerdings mehr als »sichere« Tickets oder Reisepässe.

Grundproblem der RFID-Technik ist, dass die enthaltenen Daten mit relativ simpler und frei verfügbarer Technik ausgelesen werden können. Die Vision des »gläsernen Menschen« rückt also mehr und mehr in Richtung Realität.

Die WM als Einschränkung persönlicher Freiheit

Die Regierung sieht in der Fußballweltmeisterschaft eine gute Möglichkeit, in ihren Augen notwendige Gesetzes- und Verfassungsänderungen zu schaffen. Da gibt es das Schengener Abkommen, welches die genauere Überwachung der EU-Außengrenzen regelt und somit die Einreise in die EU erschwert, jedoch gleichzeitig die Grenzkontrollen innerhalb der EU abschafft. Doch genau letzterer Punkt wird die Europäische Union zur WM einfach aussetzen. Bei Bedarf können während der WM jederzeit Kontrollen an allen deutschen Grenzen durchgeführt werden.

Weiterhin werden öffentliche Plätze, auf denen eine Leinwandübertragung einiger Spiele der WM stattfindet, großräumig mit einer Vielzahl von Videokameras überwacht werden. Sogar eine Verfassungsänderung hatte Innenminister Schäuble im Blick. So wollte er durchsetzen, dass die Bundeswehr auch zur WM im Innern agieren soll und darf. Doch glücklicherweise wurde wenigstens dem etwas entgegengesetzt, da die SPD diese Verfassungsänderung nicht mittragen will.

Die WM gibt einen großen Spielraum für politische Entscheidungen. Es soll die Bevölkerung an sicherheitspolitische, überwachungsstaat-ähnliche Maßnahmen gewöhnt werden. Diese können dann jederzeit aus jedem Anlass wiederholt werden. Das G8-Treffen in Deutschland im nächsten Jahr wäre z.B. die passende Gelegenheit.

Das Sponsorengerangel

Die Fans sehen sich schon seit längerer Zeit mit der Kommerzialisierung ihres Sports konfrontiert. Alte Stadien verschwinden mitsamt ihrer Namen. An deren Stelle werden dann Mehrzweckarenen errichtet, natürlich benannt nach dem Hauptsponsor. Der Markennamen-Wahnwitz findet seinen Höhepunkt zur WM. Man wird z. B. keine Geldautomaten in der direkten Umgebung der austragenden Spielorte finden, auf denen der Name der Bank steht, da dies einem amerikanischen Großsponsor, der im Kreditgeschäft tätig ist, nicht passt. Des weiteren hat sich die FIFA etliche Marken mit den Bestandteilen »WM 2006« als deutsche Marke und als Gemeinschaftsmarke schützen lassen. So werden die Sammler der

berühmten Fußballbildchen eines großen Schokoriegelproduzenten bei dieser WM wohl leer ausgehen. Der Rechtsstreit mit der FIFA dauert an: Markenämter und Gerichte widersprechen sich und ein Ende scheint nicht in Sicht.

Nein, hier geht es schon lange nicht mehr um Fußball, hier geht es nur noch um Geld.

Wirtschaftsboom dank WM

»Mit der WM werden doch Arbeitsplätze und Einnahmequellen geschaffen, die vorher nicht existierten«, wird argumentiert. Dabei wird gekonnt ignoriert, dass die WM auch irgendwann zuende ist und damit auch viele »neue« Arbeitsplätze und Einnahmequellen ein Ende haben werden. Ein Ende sollen auch die vielen Baustellen pünktlich

zur Fußballweltmeisterschaft haben. Von allen Seiten wird versprochen, dass der Baustellenwald in Berlin zur WM beseitigt sein wird. Bei der Anzahl dieser Baustellen ist das jedoch sehr fragwürdig. Einige Beispiele: über 20 neue oder erneuerte Bahnhofsgebäude und Bahnlinien (die wichtigste für die WM ist wohl die S-Bahnlinie zum Olympiastadion) sollen pünktlich fertiggestellt sein. Außerdem soll der Flughafen Tegel bis dahin mit einer Seuchenstation ausgerüstet werden, die zur Verbreitung der Vogelgrippe vorbeugen soll.

Statt »Sport frei«, wird »Brot und Spiele« das Motto der WM sein. Vermarktung und Überwachung sind kapitalistische Auswüchse des Sports.

■ MaG & sk

make it real:

Mord und Ausbeutung im Namen des globalen Erfrischungsgetränks

Als Hauptsponsor der Fußballweltmeisterschaft will Coca-Cola im besten Licht erscheinen. Dabei klaffen gekauftes Image und Wirklichkeit weit auseinander.

Coca-Cola in Kolumbien

1996 erschossen Paramilitärs den Gewerkschaftsführer Isidro Segundo Gil auf dem Werksgelände des Coca-Cola-Abfüllers »Panamco« in dem kolumbianischen Städtchen Carepa. Kurz darauf brannten sie den Sitz der örtlichen Gewerkschaft nieder und zwangen alle in dem Abfüllwerk tätigen GewerkschafterInnen unter Todesdrohungen zum Austritt aus ihrer Organisation – mit Wissen des Werksleiters Ariosto Milan Mosquera. Seither hat es bei Panamco weitere acht Morde an Gewerkschaftsvertretern gegeben, zuletzt 2002. Beschäftigte der Abfüllanlagen, die sich für ihre Rechte einsetzen, werden bis heute mit Drohungen, auch gegen ihre Familien, terrorisiert, viele GewerkschafterInnen mussten fliehen.

Coca-Cola in Indien

In Indien sorgt Coca-Cola durch Tiefbohrungen für die Absenkung des Grundwasserspiegels und entzieht vielen Bauern die Lebensgrundlage. Menschenrechtsinitiativen streiten dort gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung gegen den »Global player« Coca-Cola, der Wasserknappheit und gravierende Umweltschäden verursacht.

Coca-Cola in Deutschland

Den Angestellten der Coca-Cola Erfrischungsgetränke AG in Deutschland droht der »Abbau« von etwa 3 000 Stellen in der Region Berlin-Brandenburg, die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) will im Notfall auch während der WM streiken.

Auch wenn die Bedingungen in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind, die Tendenz ist überall gleich. Wir sind der Meinung, dass der Streit um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen miteinander geführt werden muss und weltweite Solidarität nötig ist.

Als Sponsor der WM wird sich Coca-Cola auch in Deutschland gegen die Vorwürfe verantworten müssen! Wir wollen nicht, dass Coca-Cola mit leeren Versprechungen durch kommt!

Zur WM 2006 wird es bundesweit unter dem Motto »Coca-Cola ? World Cup Killer« Veranstaltungen und Proteste gegen Coca-Cola geben.

Beteiligt Euch an den Protesten! Tragt den Coca-Cola Boykott in Eure Schule, Euren Betrieb, Eure Uni, Eure Kneipe und Eure Gewerkschaft! Make the protest real!

ungekürzter Text im Archiv von ♦ <http://de.indymedia.org>

DIE ROTDORNREDAKTION *wer wir sind und was wir wollen*

• Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

• Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation [solid] Berlin und Brandenburg.

• Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

• Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung „das Alte“ grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschen-

den Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser „Kampf um die Köpfe“ ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

• Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15

Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

• Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

• Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den „Zapatistas“ in Mexiko, über die „tute bianche“ in Italien bis zu „attac“ und



»Aber ich werde alles geben, dass der Traum Wirklichkeit wird.«
2006 jährt sich der 10. Todestag von Rio Reiser

vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

• Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

• Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

• Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion „Die Linke“, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

• Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

• Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

[solid] 
die sozialistische jugend

steht für „sozialistisch, links, demokratisch“. [solid] - die sozialistische jugend ist ein offener, unabhängiger und der Linkspartei nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen. In einer Reihe von Bundesländern ist [solid] inzwischen anerkannter Jugendverband der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

[solid] tritt als noch recht junger sozialistischer Jugendverband (gegründet 1999 in Hannover) bundesweit auf. Der Verband organisierte Kampagnen, die eine breite Öffentlichkeit finden, ist fest in den außerparlamentarischen Bewegungen und auch den Parlamenten verankert. So wurden 50.000 Musik-CDs unter dem Label „Aufmucken gegen Rechts“ an Schulen verteilt, zu den Bundestagswahlen 2005 brachte [solid] sich mit einer eigenständigen Kampagne („Arbeite, konsumiere, gehorche – oder such' nach anderen Wegen“) ein.

In Deutschland sind wir aktiv im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), im antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus ist der sozialistische Verband Mitglied des European Network of Democratic Young Left (ENDYL), nimmt regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil und unterhält zu einer Reihe von Mitgliedsverbänden des Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) gute Beziehungen.

Unser Engagement orientiert sich an dem Anspruch, dass Politik viel stärker im öffentlichen Raum stattfinden muss. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste politische Aktion sind Mittelpunkte unserer Aktivität.

[solid] ist in Brandenburg und Berlin ein Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

Uniformiert und anonym



»Zur Förderung von Bürgernähe und Transparenz werden – wie in Großbritannien und den USA seit langem bewährt – Berliner Polizeibeamte ein individualisierbare Kennung gut sichtbar an ihrer Uniform tragen.«, heißt es in dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS der Berliner Regierung aus dem Jahr 2001. Wer an Demonstrationen teilnimmt, dem wird sich die Notwendigkeit dieser sogenannten Kennzeichnungspflicht für Polizisten schnell erschließen: Seit Mitte der 90er Jahre wurden in Berlin jährlich etwa 1000 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt registriert. Dabei dürfte die Dunkelziffer weit höher liegen, da nicht jeder Übergriff überhaupt zu einer Anzeige gegen einen Polizisten führt.

Dass nur ein Prozent der Anzeigen zu Anklagen führen, liegt neben dem Korpsgeist der Polizeibeamten an der Anonymität der Täter. Die Uniformierten sind unter ihren Helmen mit Gesichtsschutz äußerst schwer zu identifizieren. Auch verummte Beamte habe ich schon oft auf Demonstrationen erlebt. Wie wichtig die Identifizierungsmöglichkeit bei Auseinandersetzungen ist, zeigt das generelle Vermummungsverbot für die Demonstrant(inn)en. Hier haben schon im Winter zu hoch gezogene Schals oder Kostümierungen ausgereicht, um Demonstrant(inn)en festzunehmen.

Auch durch den Schutz der Anonymität begünstigt, habe ich selbst auf friedlichen Demonstrationen genügend Polizeübergriffe erlebt. Von kleinen Schubereien im Vorbeilaufen gegen herumstehende Schülerinnen bis hin zu Prügelexzessen quer durch den Demonstrationzug. Ein Vorfall auf der Protestdemonstration gegen den Großen Zapfenstreich der Bundeswehr am 26. Oktober 2005 ging Ende letzten Jahres durch die Presse: Ein Zivilpolizist prügelte mit einem teleskopartig ausziehbarem Mehrzweckschlagstock (Tonfa), mit dem die Berliner Polizei neu ausgestattet wurde, ohne Grund auf Menschen ein. Als Augenzeuge der Situation weiß ich jedoch, dass er damit bei weitem nicht der einzige prügelnde Polizist war. Nur dass die uniformierten Kollegen nicht zu identifizieren waren. So hält auch der 'Arbeits-

kreis kritischer Juristinnen und Juristen an der Humboldt-Universität zu Berlin»anlässlich von Demonstrationsbeobachtungen, ... eine individuelle Kennzeichnung jedes Beamten für den Rechtsschutz der Betroffenen und die Transparenz des polizeilichen Handelns für unverzichtbar«.

Leider wird das wichtige Vorhaben der Kennzeichnungspflicht für die Berliner Polizei bis zu den Berliner Wahlen am 17. September 2006 nicht mehr umgesetzt werden. Lediglich ein freiwilliger Modellversuch wurde begonnen. Dazu erklärte der Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei. PDS, Klaus Lederer: „Die Linkspartei in Berlin will die Kennzeichnungspflicht weiterhin. Sie setzt darauf, dass auch Sozialdemokraten und Polizei das Positive sehen, das mit der Kennzeichnung verbunden ist. Dabei geht es nicht einmal nur um Demonstrationen. Es ist einfach auch für das Selbstverständnis der Beamten wichtig, dass sie als Ansprechpartner in der Stadt wahrgenommen werden und nicht als anonyme Bedrohung.“ Da sich auch die Grünen durch eine Gesetzesvorlage vom 1. September 2005 für die Kennzeichnungspflicht ausgesprochen haben, scheint eine Umsetzung der Forderung auch in der nächsten Legislaturperiode möglich. Wir sollten aber nicht vergessen, die politisch Verantwortlichen an ihre politischen Zielstellungen zu erinnern und die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Polizei verstärkt zu fordern.

■ sk



Oben: Festnahme durch gutgelaunte Polizeibeamte
Unten: Polizeisport anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 2005 in Berlin

Schwarzbraun ist die Havelnuss...

»**A**usländer mit fehlenden Sprachkenntnissen haben nach Ansicht Schönbohms nichts in Deutschland verloren« heißt es wortwörtlich in einer aktuellen Presseerklärung der Brandenburger CDU. Der Landeschef der Christdemokraten beschwört dieser Tage, wo immer er kann, die Gefahr eines »Multikultistan« herauf und nutzt die aktuelle Integrationsdebatte, um mit antiislamischen und fremdenfeindlichen Ressentiments nach WählerInnensympathien am rechten Rand zu fischen. Unter aktiver Zuwanderung versteht er die Auswahl »uns nützlicher« Migrantinnen und Migranten, unter Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zu einer »Schicksalsgemeinschaft«.

In der CDU ist Schönbohm mit derartigen Vorstellungen nicht allein. »Deutschland, Deutschland über alles« rutschte es erst kürzlich Sven Petke heraus, als der märkische Generalsekretär und Innenexperte seiner Partei nach der ersten Zeile der deutschen Nationalhymne gefragt wurde. Es ist nicht nur bezeichnend, dass Petke damit an eben jenem hessischen Staatsbürgerschaftstest scheiterte, für den er sich im selben Interview stark zu machen versuchte - viel erschreckender ist die Tatsache, dass der Missgriff kaum eine Reaktion hervorrief.

Alte Lieder, konfuse Tests und deutsche Kontinuitäten

Schon im Laufe des Ersten Weltkriegs war die erste Strophe des Deutschlandliedes zum wichtigen Symbol eines nationalistischen Überlegenheitsgefühls geworden, dass den Deutschen Anspruch auf Vorherrschaft begründete. Nach der Machtergreifung der Nazis wurden die zweite und dritte Strophe der offiziellen Weimarer Nationalhymne durch

das Horst-Wessel-Lied verdrängt, nur die erste blieb übrig. Sie wird bisweilen heute noch gesungen - meist von Neonazis, die ihrer toten Helden aus Wehrmacht oder SS gedenken und die Opfer des Faschismus verhöhnen. Falls Petke nach gescheitertem Test nicht seinen Pass abgibt und seine Zelte konsequenterweise irgendwo anders zwischen - Maas und Memel, Etsch und Belt - aufschlägt, kann er sicher mit der einen oder anderen Einladung zu den Liederabenden örtlicher Kameradschaften rechnen. Ob kalkulierter Fehltritt oder Freudscher Versprecher, Petkes Antwort einfach als peinliche Lappalie abzutun entspricht eben jener inakzeptablen Gleichgültigkeit, wegen der plumpe Deutschtümelei und revanchistische Großmannssucht in der Bundesrepublik nach wie vor in weiten Teilen der Bevölkerung Anklang finden.

Jörg Schönbohm hat den Einbürgerungstest per Fragebogen mittlerweile übrigens abgelehnt. Er begründete seine Haltung freilich nicht mit dem willkürlichen

und lächerlichen Charakter des Vaterlandsquiz', sondern damit, dass sich die »Betroffenen« - seiner Erwartung nach offenbar cleverer als der Kronprinz - im Vorfeld über die Antworten informieren könnten. Damit sich ihre Chancen auf Einbürgerung hierdurch nicht allzu sehr erhöhen, plädiert der General a.D. für individuelle Überprüfungs-gespräche, von denen der Erhalt der Staatsbürgerschaft abhängen soll. »Die Zeit der Gastfreundschaft geht zu Ende« hatte Schönbohm schon 1998 in der Berliner Zeitung gepoltert. Vor diesem Hintergrund erscheint Petkes Liedwunsch lediglich als weiterer Höhepunkt einer fremdenfeindlichen Kontinuität in der Brandenburger CDU, deren Türen nach rechtsaußen sperrangelweit offen stehen.

Der Schoß ist fruchtbar noch - Aussteigerprogramm für Schönbohm gefordert

»Es wäre angebrachter, über die repressive Bevormundung und die menschenunwürdigen Unterbringungsbedingungen mehrerer tausend Flüchtlinge im Land Brandenburg zu reden, statt sich in Lobpreisungen einer ach so weltoffenen deutschen Kultur zu ergehen« erklärte Steffen Kühne im Namen des Landesvorstandes von [solid] Brandenburg. »Es bleibt zu hoffen, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft sich von diesem Leitkulturgeblubber nicht beeindruckt lassen und alle, die kein Verlangen nach

Volksgemeinschaft und kultureller Gleichschaltung haben, mit dem deutschnationalen Stumpfsinn nicht alleine lassen«. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, rechten Meinungen keine Freiräume zu lassen und ihnen aktiv entgegenzuwirken: »Jörg Schönbohm sollte als Innenminister mit gutem Beispiel vorangehen und darüber nachdenken das Aussteigerprogramm für Menschen, die in rechte Kreise abgerutscht sind und sich gesellschaftlich wieder eingliedern wollen, selbst in Anspruch zu nehmen. Der Absprung wird sicher nicht einfach, aber er wird merken, dass das Leben weitaus mehr zu bieten hat, als nationalistische Parolen und fremdenfeindliche Hetze.

[solid] Brandenburg erneuerte seine Forderung nach Abschaffung der menschenunwürdigen Residenzpflicht, nach einem sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus und gleichberechtigtem Zugang zu Studium, Ausbildung und Arbeitsmarkt für alle hier lebenden Menschen. Es ist schlichtweg verlogen, Menschen aus anderen Ländern Sprachkenntnisse und eine umfassende Integration in die Gesellschaft abzuverlangen, wenn gleichzeitig die Möglichkeiten hierfür von staatlicher Seite gezielt verschlechtert werden und ihnen bei jeder Gelegenheit zu verstehen gegeben wird, sie seien nicht willkommen.

▪ [solid] Brandenburg



»Wir wollen diesen Gipfel blockieren.«

Im Sommer 2007 wird das G8-Treffen in Deutschland stattfinden, genauer: In Heiligendamm, an der Ostsee, in der Nähe von Rostock. Zum Stand der Vorbereitungen seitens der Gipfelgegner führte der Rotdorn ein Gespräch mit Pedram Shayer. Pedram ist im Bundeskoordinierungskreis von »attac«, sowie im radikal linken Netzwerk »Interventionistische Linke« aktiv und arbeitet beim »Verbindungsbüro soziale Bewegungen« der Linksfraktion im Bundestag. An der FU Berlin promoviert er in Theaterwissenschaften.

Warum wird nach Heiligendamm mobilisiert?

2007 treffen sich in Heiligendamm die Staatschefs der G8-Staaten, das ist das Treffen der Mächtigen der Welt, das Treffen einer selbsternannten Weltregierung ohne demokratische Legitimation. Was sie zusammenbringt ist ihre militärische und ökonomische Macht. Im Sinne einer Weltregierung werden sie versuchen, ihre neoliberale Politik weiter zu führen.



Aus welchen politischen Spektren erwartest Du Teilnehmer an den Protesten?

Das schöne an Protesten gegen den G8-Gipfel ist, dass das Spektrum, das sich dafür interessiert, sehr breit ist, also von attac über linke bis linksradikale Organisationen über Linkspartei.PDS bis hin zur Gewerkschaftsjugend. Viele Nichtregierungsorganisationen haben es sich zum Thema gemacht, gegen den G8-Gipfel zu mobilisieren. Auch aus dem ökologischem Spektrum gibt es Überlegungen dorthin zu mobilisieren. Wir hoffen das noch verstärkt aus dem kirchlichen Spektrum, gerade in der Frage um die Entschuldung der dritten Welt, eine Mobilisierung geben wird.

Wie ist der aktuelle Stand der Planungen?

Ziemlich gut. Ende März hatten wir in Rostock die erste Aktionskonferenz. Dort haben sich unerwartet überraschend viele Menschen zusammengefunden, insgesamt ungefähr 300. Sie

kamen aus allen möglichen unterschiedlichen Spektren. Der Umgang miteinander war sehr, sehr solidarisch.

Es wurde ein klares Signal gesetzt, dass wir gemeinsam strömungsübergreifend gegen den G8-Gipfel mobilisieren. Wir haben uns klare Ziele gesetzt: Wir wollen 100 000 Menschen vor Ort haben, um gegen den G8-Gipfel zu demonstrieren. Wir wollen Tausende, wenn nicht Zehntausende, die diesen Gipfel blockieren und wir werden einen sehr großen Gegengipfel dort haben, um unsere Alternativen zu präsentieren.

Gibt es Kontakt zur Bevölkerung in der Region?

Es gibt bereits seit geraumer Zeit ein Anti-G8-Bündnis in Rostock. Man muss dazu sagen, dass es seit längerem eine unglaubliche Hetze in den Medien gab. Durch die Bank haben Zeitungen darüber geschrieben, dass Chaoten kommen und die ganze Stadt in Schutt und Asche legen wollen. Demonstrationen wurden nur mit Gewalt gleichgestellt und in den Medien wurde betont, wie toll der Gipfel für die Region wäre.

Wir haben es geschafft, auch durch die Rostocker Konferenz, dieses Bild zu durchbrechen. Wir haben gezeigt, dass wir ein Recht zum Demonstrieren haben, dass wir etwas zu sagen und zu kri-

tisieren haben und dass wir uns das demokratische Recht auf Demonstrationen nicht nehmen lassen werden.

Interessanter Weise haben nach der Konferenz die Zeitungen angefangen anders zu schreiben. Seitens der Medien wurde überrascht registriert, dass anstelle vermeintlicher Chaoten ja eigentlich sympathische, junge Leute angereist sind.

Es war sehr erfreulich, dass auf der Konferenz auch sehr viele Menschen aus Rostock, aus Bad Doberan und überhaupt aus der Region anwesend waren.

Was wird die Teilnehmer an den Protesten in Heiligendamm erwarten?

Wir werden tagelange kraftvolle kreative Proteste haben. Heiligendamm selbst wird militärisch gesperrt werden. Da werden wir wahrscheinlich nicht hereinkommen.

Wir werden wie gesagt in Rostock eine riesige Demonstration haben, sehr viele inhaltliche Veranstaltungen, wir werden ein Camp haben, es wird einen großen kulturellen Beitrag geben, in Form von Festivals, von Konzerten und wir werden schön die Straßen zumachen.

Das Interview führte Burkhard

Weitere Infos zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm findest du im Termineil auf Seite 19.

Anzeige

| | | | |
|---|--|--|---|
| <p>Zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.</p> <p>Kopenhagener Str. 9 10437 Berlin</p> <p>fon: (030) 47 53 87 24 fax: (030) 47 37 87 75</p> <p>e-mail: info@helle-panke.de web: www.helle-panke.de</p> | <p>10. Mai 2006, 19 Uhr <i>AG Lateinamerika lädt ein</i> Nikaragua – ein halbes Jahr vor den Wahlen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Sandinistische Befreiungsfront heute • „Pakt“ zwischen Daniel Ortega und Arnoldo Aleman zur Verfassungsreform • Außenpolitik und Freihandelszone CAFTA • Was blieb von der Solidarität mit Nikaragua? <p>Referent: Wolfgang Herrmann Moderator: Dr. Winfried Hansch Eintritt: 1,50 Euro</p> <p>Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin</p> | <p>16. Mai 2006, 19 Uhr <i>Auswertung von Protesthöhepunkten</i> „Das war Athen 2006 – Das Europäische Sozialforum 2006“</p> <p>Referent: Dr. Andreas Trunschke Moderation: Dr. Detlef Nakath Die Weltsocialforen schaffen einen öffentlichen Raum, in dem Linke ihre Vorstellungen von einer anderen Welt diskutieren und leben können. Der Referent hat das erste deutsche Buch über ein Weltsocialforum herausgegeben.</p> <p>Eintritt: 1,50 Euro</p> <p>Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin</p> | <p>23. Mai 2006, 18 Uhr <i>Biografien im Gespräch</i> Peter Gingold – Ein Leben im Widerstand</p> <p>Veranstaltung mit Peter Gingold, Kämpfer gegen den Faschismus in der Résistance, anlässlich seines 90. Geburtstages Moderation: Prof. Dr. Heinrich Fink</p> <p>Eintritt: 1,50 Euro</p> <p>Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin</p> |
|---|--|--|---|

Aufbruch in Frankreich

Die Intensität der Gefühle ist deutlich zu spüren. Millionen Arbeiter und Jugendliche sind auf der Straße und streiken. Die Nation ist gelähmt. Universitäten sind besetzt, Bahnstrecken und Straßen blockiert und in der Nacht kommt es zu Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei. Die Straße hat der Regierung eine erdrückende und demütigende Niederlage beigebracht. Das alles ist Frankreich im April 2006.



Im französischen Parlament war von »Krise« die Rede, aber die Erklärung der Ursachen und die Lösungsvorschläge waren so vielfältig wie die Farben des Regenbogens. Die englischsprachige Financial Times stellte die Frage, ob die Konfrontation in der Frage des Arbeitsrechts »eine Krise für die Regierung unter Präsident Chirac, eine Krise der Institutionen der Fünften Republik, eine Krise des globalen Kapitalismus oder eine Krise der modernen Umstände« sei (www.ft.com, 6. April 2006). Die Massenmedien schienen sich damit zu trösten, dass es sich hier nur um eine französische Krise handeln würde. In den letzten 25 Jahren hat Frankreich 26 verschiedene Regierungen gehabt, Deutschland neun, Spanien acht, Großbritannien sieben.

Untersuchen wir kurz die grundlegenden Ursachen der französischen Umstände und fragen wir uns, ob diese nur oberflächliche, besondere Erscheinungen sind oder ob es sich um strukturelle,

allgemeine Entwicklungen handelt. So lässt sich auch der Charakter dieser Krise erkennen.

Frankreich gehört zu den führenden Wirtschaftsmächten der Erde. Je nach Statistik liegt seine Wirtschaftskraft pro Kopf min-



destens so hoch wie in Deutschland, Italien oder Großbritannien. Allerdings besagen alle von »ernsthaften« (also prokapitalistischen) Wirtschaftseinrichtungen herausgegebenen Berichte, dass Frankreich dringend »Re-

formen« benötige. »Und Reform ist immer ein schmerzhafter Prozess. Frankreich benötigt ein sinnvolles politisches Forum, das die nationale Debatte über die Behandlung dieser schmerzhaften Reformen steuern kann und den Werten der Republik,

»Die Regierung hat Einkommenssteuern gesenkt und Maßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen und zur Reform der Altersrenten eingeführt. Zudem konzentriert sie sich jetzt auf die Probleme der hohen Arbeitskosten und der mangelnden Flexibilität des Arbeitsmarktes in Folge der 35 Stunden-Woche und der Beschränkung des Kündigungsschutzes« (CIA world fact book).

Dies führt uns direkt zu dem aktuellen Konflikt hin. Es geht hier um eine Kriegserklärung der Regierenden in Frankreich gegen die arbeitende Bevölkerung. Dies geschieht im Auftrag derer, die die noch verbleibenden Staatsbetriebe privatisieren und, eine »flexible Arbeitnehmerschaft« heranzüchten wollen, die sich nach Belieben von den Arbeitgebern verdrehen und knechten lässt. Anders ausgedrückt: »Der freie Markt verlangt« Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und eine Umverteilung von unten nach oben.

Premierminister Dominique de Villepin nahm die Krawalle im letzten November zum Vorwand, um mit seinem blanken Zynismus das Gesetz über die Erstanstellungsverträge (CPE) aufzulegen. Demnach wird der Kündigungsschutz für Berufseinsteiger in den ersten zwei Jahren ersatzlos aufgehoben. Damit sollen Arbeitgeber testen können, wie gefügig und ausbeutbar junge Beschäftigte sein können, ausbeutbar wie in den guten alten Zeiten des 19. Jahrhunderts.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, genüge tut« (www.ft.com 6. April 2006).

Die CIA, Meister der Schmerzbehandlung, bringt es eher verschlüsselt auf den Punkt: »Frankreich steckt mitten im Übergang von einer wohlhabenden Wirtschaft mit umfangreichem Staatsbesitz und Staatsintervention hin zu einer Wirtschafts-nation, die sich mehr auf Marktmechanismen verlässt«.

Allerdings hat Frankreich nach wie vor einen hohen Anteil von Betrieben in öffentlicher Hand. »Dazu gehören Air France, France Telecom, Renault, Thales ebenso wie große Teile der Energieversorgung, des öffentlichen Verkehrswesens und der Rüstungsindustrie«.



► weiter auf Seite 10



► Fortsetzung von Seite 9

Nach sieben Wochen eindrucksvoller Proteste mit Millionen auf der Straße erklärte dann Staatspräsident Chirac, dass er das Gesetz mit Abänderungen in Kraft setzen werde. Aber anstatt die Bewegung damit zu beruhigen, schöpfte sie dadurch noch mehr Kraft. Wenige Tage später wurde das CPE wieder zurückgenommen. Diese Kapitulation der Regierung ist ein voller Sieg für die Straße.

Am 4. April waren die Demonstrationen in der Provinz größer als je zuvor. Zwar streikten an diesem Tag weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst, doch Schüler und Studierende forderten die Arbeiter mit Flugblättern zur Mitwirkung an den Protesten auf. Studierende der Universität Nanterre verteilten vor den Fabriken von Citroen und Fiat Flugblätter. In Cherbourg schlossen sich die meisten Arbeiter eines Rüstungsbetriebs den Protesten an, nachdem sie in Flugblättern von den Schülern dazu aufgefordert worden waren. Zweifellos fürchtete die Regierung jetzt, dass die Lage völlig »außer Kontrolle« geraten könne und deshalb gab sie nach. In Loire-Atlantique und Gironde forderten die Vertretungen der Schüler und Studierenden »erneuerbare« Generalstreiks. Darunter stellten sie sich vor, dass jeden Morgen eine Vollversammlung erneut entscheiden sollte, ob der Tag Streiktag werden solle oder nicht. Präsident Chirac, der als Unterhändler der Regierung im Generalstreik 1968 fungiert hatte, war und ist sich der Gefahren eines solchen Streiks für die Regierung, den Staat und den Kapitalismus bewusst.

In Frankreich liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr niedrig – nur bei etwa neun Prozent aller Beschäftigten. An großen Gewerkschaften gibt es die (kommunistische) CGT, die (sozialistische) CFDT, die (rechtere) FO und die (stramm linke) SUD. Die Gewerkschaften sind also tendenziell politische Richtungsgewerkschaften, aber wenn es einmal zum Streikaufruf einer Gewerkschaft gekommen ist, so können sich alle Arbeiter dem anschließen. Ähnliche Strukturen bestehen auch bei den Studierenden. Zudem tauchen bei

Massenprotesten immer wieder neue Organisationen und übergreifende Vertretungsorgane der Arbeiter und Jugend auf, die ihr Mandat in Massenversammlungen erhalten. Solche Massenversammlungen widerspiegeln eine kämpferische, revolutionäre Tradition, die bis in die Tage der Pariser Kommune 1871 zurückgeht. Schon Marx analysierte damals die Rätestruktur der Kommune, die sich auf Grundsätze wie Wahl- und Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Funktionäre stützt.

Die Protestbewegungen in Frankreich haben ihre Besonderheiten, die in der französischen Geschichte begründet liegen. Frankreich hatte zahlreiche revolutionäre Rebellionen: 1789, 1848, 1871, 1918, 1936, 1968. Dazwischen gab es zahlreiche Mini-Rebellionen, die manchmal Regierungen zu Fall brachten, Zugeständnisse erzwangen oder sich zu einer revolutionären Krise entwickelten.

Der Sieg der Bewegung auf den Straßen wird sich jetzt auf der politischen Ebene widerspiegeln. Ein Ende der Regierung spätestens bei den nächsten Wahlen Anfang 2007 ist äußerst wahrscheinlich. Es könnte eine sozialistisch-kommunistische Regierung folgen. Eine solche Regierung wird der Ausdruck aktiver Massenproteste sein. Ihrem Nachgeben gegenüber dem Druck des Kapitals wird der Druck der Massen von unten entgegen wirken. In über sieben Protestwochen sind über 18000 Menschen in Frankreich allein in die SP (Sozialistische Partei Frankreichs) eingetreten.



In Lateinamerika hat eine Welle linker politischer und sozialer Bewegungen den ganzen Kontinent erfasst. Dies lässt uns hoffen, dass auch der heutige Aufruhr in Frankreich, die größte Bewegung seit 1968, der Vorbote neuer revolutionärer Bewegungen in ganz Europa sein könnte – wie 1848, 1917, 1968 oder 1989.

■ heiko@khoo.org

Alle Bilder des Artikels sind der Seite www.unautre REGARD.tk entnommen

Neue Hoffnung für Bolivien

Bolivien ist das zweitärmste Land Südamerikas. Es ist das Land mit den größten Einkommensunterschieden der Welt. Von den 8 Millionen Einwohnern des Landes müssen 3,8 Millionen indianischer Andenbauern mit einem Einkommen von zehn Cent am Tage auskommen. 58 Prozent der Gesamtbevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, obwohl Bolivien ein rohstoffreiches Land ist. Der Bergbau macht 90 Prozent des Exports aus (Erdöl, Erdgas, Zinn und Kupfer).

Die Privatisierung aller staatlichen Betriebe und die vollständige Liberalisierung der Märkte für Auslandsprodukte und -konzerne brachte dem Land eine wachsende Verarmung der meisten Bevölkerungsschichten. Ab dem Jahr 2000 kam es infolgedessen zu zahlreichen Unruhen mit Generalstreiks, Straßenblockaden, Demonstrationen und Besetzungen des Parlaments, in deren Folge über 80 Demonstranten von den Militärs erschossen wurden.

Hauptforderungen der Protestbewegung waren die Wiederverstaatlichung der Öl- und Gasindustrie und die Rücknahme der Liberalisierung der Wasserwirtschaft.

Seit Gründung des Staates Bolivien 1825 regierte die weiße Oberschicht, die heute 14 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Jedoch stellen die Indianer, die den Völkern der Aymara, Quechua und den vielen kleinen Indiostämmen des Amazonasbeckens angehören, mehr als 45 Prozent der Einwohner des Landes. Mit dem Gewerkschaftsführer Juan Evo Morales wurde am 18. Dezember vergangenen Jahres der erste indigene Präsident Boliviens gewählt, und das erstmals gleich im ersten Wahlgang. Evo Morales hat kein Abitur. Er ist Kokabauer. Bei seiner Amtseinführung am 22. Januar trug er den Häuptlingsschmuck der Aymara. Selbst bei Staatsbesuchen in Venezuela, Spanien, Frankreich und China tritt der Aymara-Indianer Morales hemdsärmelig in einfacher Leinwand auf. Genauso volkstümlich propagiert er seine Politik.

► weiter auf Seite 12



Evo Morales bei der Amtseinführung

Globalisierung auf amerikanisch – Ein Beispiel

Die Bush Administration gibt jährlich 4 Milliarden Dollar für die Subventionierung der US-amerikanischen Baumwollproduktion aus. Das ist das Vierfache der Summe, die von den USA als Entwicklungshilfe an afrikanische Länder gezahlt wird. Durch diese Subventionspolitik stieg die Baumwollproduktion der USA von 25 auf 40 Prozent und der Weltmarktpreis für Baumwolle sank.

Die afrikanischen Baumwollbauern wissen aufgrund des geringen Preises auf dem Weltmarkt nicht, wie sie den Dünger und das Saatgut bezahlen sollen und verlassen oft ihr Stück Land. Ihrer Hände Arbeit ernährt ihre Familien nicht mehr. Auch die afrikanischen Baumwollfabriken stehen vor dem Ruin.

Da kommt der transnationale Konzern Monsanto und bietet auf Kredit genmanipuliertes Baumwollsaatgut an. Der afrikanische Bauer soll auch noch als Versuchskaninchen dienen und sich verschulden. Sein an den Konzern verpfändetes Land verliert er, wenn er die Saatgutkredite nicht zurückzahlen kann. So schließt sich der kapitalistische Teufelskreis.

Anzeige



Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisierung befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Gutschein für eine starke Linke

20,-
im Wert von

Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.

Das würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten*. Das Testabo beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen**.

* Sie können sich auch gerne an den Kosten der Aktion beteiligen. Dann bitten wir Sie um 5,50 Euro oder um eine Spende nach Wahl.
** Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

GUTSCHEIN

Bitte schickt mir die Tageszeitung **junge Welt für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.**

Herr Frau

An den Kosten beteilige ich mich nicht
 An den Kosten beteilige ich mich mit Euro 5,50 pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe vonEuro).

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Vorname rotorn
Name/Vorname Geldinstitut
Telefon Bankleitzahl
Straße/Nr. Kontonummer
PLZ/Ort Unterschrift

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.



Nickerchen in der Mittagssonne: Straßenszene in Cochabamba



Bolivien wird von zwei großen und weit auseinander liegenden Ketten der Anden durchzogen – Hier: Grenzregion zwischen Chile und Bolivien

► Fortsetzung von Seite 10

Morales versteht sich als Sozialist, feiert die kubanische Revolution, lobt Hugo Chavez, den Präsidenten Venezuelas, und fordert so die einheimische politische weiße Elite und die USA heraus.

Evo Morales will eine Landreform durchsetzen. Die großen ungenutzten Flächen der Großgrundbesitzer in den fruchtbaren Tälern sollen armen, landlosen Bauern zur Verfügung gestellt werden. Die Öl und Gasvorkommen sollen verstaatlicht, bzw. die Einnahmen aus der Lizenzvergabe an ausländische Konzerne sollen deutlich erhöht werden, da Bolivien selbst häufig nicht

die technologischen Voraussetzungen zur eigenständigen Ausbeutung und Verarbeitung der Vorräte besitzt. Schließlich will Morales die Rechte der seit Jahrhunderten unterdrückten und ausgegrenzten indianischen Völker mit einer Verfassungsreform grundlegend stärken. Neben besseren Bildungschancen für die weitgehend analphabetischen Ureinwohner soll auch die indianische Kultur auf dem Lande gefördert werden.

In den USA wird die Wahl von Morales scharf kritisiert. Es gibt nicht nur am extrem rechten Rand der politischen Klasse der Vereinigten Staaten Stimmen,

die offen die Möglichkeit eines gewaltsamen Sturzes des »faschistischen Regimes Morales« diskutieren. Ins Auge gefasst wird auch die Abspaltung des reichen und spanisch-dominierten Südens von den armen, hochgelegenen nördlichen Provinzen mit einer fast ausschließlich indianischen Bevölkerung. Im Lande selbst stehen die reiche weiße Oberschicht, die Militärs und die Mehrheit der Medien gegen den indianischen, linksgerichteten Präsidenten. Doch blieb bisher die vorausgesagte Plünderung der Dollarkonten, der Verkauf von Immobilien und die Flucht der Reichen ins Ausland aus.

Aber Evo Morales hat auch starke

Verbündete im In- und Ausland. Seine Partei, die »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) gewann über 50 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen. Auch bei den erstmals durchgeführten Präfektenwahlen in den neun Regionen des Landes konnte sie in den drei Andenregionen den Präfekten stellen. Der Vorsitzende des Bauernverbandes ist MAS-Mitglied und mit seiner Organisation ein wichtiger Partner bei der kommenden Verfassungs- und Landreform. Der mit Morales gewählte Vizepräsident Garcia Linera ist ein Linksintellektueller, Ex-Guerillero, Essayist und redegewandter politischer Analyst, der die städtische Intelligenz und andere Mittelschichten hinter das Regierungsprogramm der MAS zu sammeln versteht. Neben den fünf anderen linken südamerikanischen Regierungen findet Evo Morales auch im spanischen Premierminister Zapatero einen einflussreichen Unterstützer bei der EU. Wenn es Morales angesichts des weltweiten Kapitalismus gelingt, sozial-, verfassungs- und außenpolitisch brauchbare Kompromisse im Interesse der verarmten Mehrheit des Landes zu finden, besteht große Hoffnung für die Erneuerung Boliviens.

■ Klaus Körner

Hintergrund: Koka, die »Tausendjährige Pflanze der Inkas«

Die Koka ist eine 4000 Jahre alte Kulturpflanze, der – von ihrer rituellen Bedeutung abgesehen – sogar von der Weltgesundheitsorganisation eine gesundheitsfördernde Wirkung attestiert wird. Doch 1859 gelang es dem Göttinger Chemiker Albert Niemann, aus den Blättern der Koka ein kraftvolles Stimulansmittel und Lokalanästhetikum zu isolieren. Ein weißes Pulver, das zur Modedroge wurde und unter dem Kurznamen Kokain einen tragischen Siegeszug um die ganze Welt antrat.

In der bolivianischen Provinz Chapare, die größtenteils von Urwald bedeckt ist, hatten sich arbeitslos gewordene indigene Minenarbeiter (*Mineros*) und Kleinbauern (*Campesinos*) angesiedelt, die im Hochland keine Lebensgrundlage mehr sahen. Sie bauten Koka an, und das nicht nur für die Drogenproduktion. Das Kauen der Kokablätter hat lange Tradition und hilft Hunger, Müdigkeit und Kälte zu verdrängen und ist sehr wirksam gegen die Höhenkrankheit. Koka enthält große Mengen an Kohlenhydraten, Kalzium sowie Vitamin A und Vitamin B2. Es war für die Urbevölkerung bis zur Ankunft der spanischen »Conquistadores« die einzige reichhaltige Kalzium-Quelle.

Bolivien ist der drittgrößte Kokaproduzent der Welt und als solcher im Visier des von den USA initiierten »War On Drugs«. Hohe und



Legaler Kokamarkt in Chapare

höchste Militärs und Regierungsmitglieder waren in die Drogenproduktion verwickelt und entsprechend an immensen Gewinnen beteiligt. Seit 1995 koppelten die USA ihre Entwicklungs- und Militärhilfe an Erfolge in der Drogenbekämpfung. Seitdem richtete sich der Drogenkrieg immer mehr gegen die eigene Bevölkerung.

Während das Gesetzespaket ursprünglich Kompensationszahlungen für die Vernichtung von Kokafeldern vorsah, hat es sich »in ein reines Repressionsinstrument verwandelt«, erklärt Veronica Ramos Cachi von der Menschenrechtsorganisation CASDEL. Die Liste der von ihr beobachteten humanitären Verbrechen ist lang. Über 50 Tote hat es in den letzten Jahren gegeben. Selbst Kinder wurden bedroht, verhört und geschlagen, und sie mussten immer wieder erleben, wie ihre Eltern von den Soldaten und Paramilitärs schikaniert werden. Viele von ihnen sind traumatisiert und voller Hass.

Der heutige Präsident Evo Morales ist auch Sprecher der Kokabauern. Unter seiner Führung kann es gelingen, mit der legalen Vermarktung von Koka den »Campesinos« eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Die »Tausendjährige Pflanze der Inkas« hat besonders für die pharmazeutische Industrie eine große Bedeutung.

Quelle: terre des hommes

Stillgestanden!

Es war nicht anders zu erwarten, die große Koalition hält an der Wehrpflicht fest. Da aus den Reihen der Wehrpflichtigen kein organisierter Protest, geschweige denn Widerstand kommt, wird uns die Wehrpflicht nicht nur erhalten bleiben, sondern auch verschärft werden.

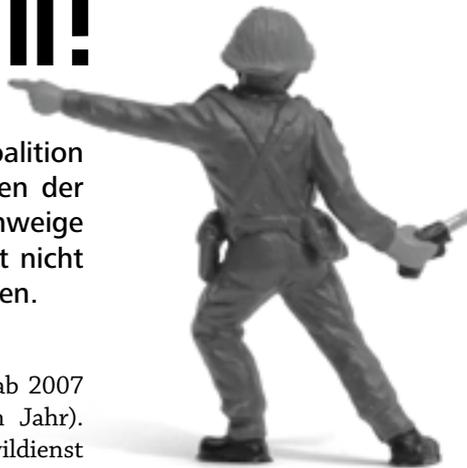
Als erster Wehrminister ist Jung von der bisherigen regierungsamtlichen Sprachregelung abgewichen, die Wehrgerechtigkeit sei gegeben. »Unter dem Aspekt der Wehrgerechtigkeit« sei es, so Jung, »grenzwertig«, wenn gegenwärtig nur etwa jeder Zweite Wehr- oder Zivildienst leiste. Die Konsequenz: Er will mehr zum Wehrdienst einberufen.

Apropos nur »jeder Zweite«? Alles nur eine Frage der Betrachtung. Im Jahr 2005 haben etwa 157 000 Wehrpflichtige Wehr- oder Zivildienst angetreten. Das ist nur jeder Dritte, wenn die Ausgangsgröße die Jahrgangsstärke ist, und nicht das, was nach Filterung durch Nicht- und Ausmusterung zum Dienen übrig bleibt. Und diese Filter sind überaus wirkungsvoll.

Da für Bundesregierung und Gerichtsbarkeit »Wehrgerechtigkeit« hergestellt ist, wenn der überwiegende Anteil der Dienstfähigen zum Dienst herangezogen wird, werden Hunderttausende ausgemustert oder erst gar nicht zur Musterung geladen. Übrig bleibt ein Rest, der noch ca. 50 Prozent der eigentlichen Jahrgangsstärke darstellt. Die so künstlich verkleinerte Anzahl der Einberufbaren trifft es dann umso härter: Denn Zivildienst sollen jedes Jahr um die 90 000 leisten, Wehrdienst nach den von Jung in Frage gestellten Einberu-

fungsplanungen 56 400 ab 2007 (68 428 im vergangenen Jahr). Insbesondere zum Zivildienst wird einberufen, was zwei Beine und zwei Arme hat, aus dem Studium, aus einem befristeten Arbeitsverhältnis usw. kommt, weil nicht mehr »genügend« Zivildienstpflichtige zur Verfügung stehen.

Die Kreiswehrrersatzämter hingegen sind bis 2005 großzügig verfahren, da sie aus dem Vollen schöpfen konnten. Nicht einberufene Wehrpflichtige der vergangenen Jahre standen als Überhang zur Verfügung. Aber auch hier hat sich der Einberufungsdruck auf tauglich Gemusterte bereits deutlich erhöht, da schlicht nicht mehr soviel Einberufbare in der Datenbank schlummern.



Minister Jung will jährlich 25 000 bis 35 000 Wehrpflichtige mehr als gegenwärtig zur Bundeswehr einberufen. Er zielt damit auf das Bundesverfassungsgericht, welches gegenwärtig prüft, ob die Wehrpflicht vor dem Hintergrund der Wehrgerechtigkeit noch verfassungsgemäß ist. Aber er verfolgt auch ein wichtiges politisches Ziel der konservativen Elite: Der Aufbau einer »Heimatschutztruppe« innerhalb der Bundeswehr mit 25 000 zusätzlichen Dienstposten, darunter 20 000 für Wehrpflichtige. Wohl mehr als nur ein Zufall: Um diese Wehrpflichtigen-Dienstposten zu besetzen, müssten etwa 30 000 Einberufungen vorgenommen werden. Dazu soll der Rüstungshaushalt deutlich aufgestockt werden.

Diese »Heimatschutztruppe« ist der letzte Bestandteil der militaristischen Roadmap auf dem Weg zum uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr, nicht nur international, sondern auch im Innern. Nicht, damit sie noch schneller tote Vögel einsammeln kann. Nicht, um den internationalen Terrorismus auch hierzulande sinn- und planlos zu bekämpfen, sondern um das Militär selbstverständlich bei Castor-Transporten und anderen Großdemonstrationen und -ereignissen aufmarschieren zu lassen.

■ Ralf Siemens

Infos

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Kopenhagener Straße 71
10437 Berlin
www.kampagne.de

»Das Imperium der Schande«

ist in der Reihe von Jean Zieglers engagierten und unbestechlichen Plädoyers für eine »mögliche andere Welt« das bisher letzte Buch. Der Schweizer Autor ist Wissenschaftler, Politiker und Schriftsteller. Der Generalsekretär der UNO hat ihn zum Sonderberichterstatter des UNO-Programms »Recht auf Nahrung« berufen. Die unbequemen Wahrheiten über die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf die Menschen werden in seinem neuesten Buch mit wachsender Bitterkeit und Schärfe vorgetragen. Kapitel wie »das Hirngespinnst der Freiheit«, »die strukturelle Gewalt«, oder »die Massenvernichtungswaffen Verschuldung und Hunger« beschreiben, unterlegt mit historischen und soziologischen Fakten, unsere Weltsituation. Ziegler will die Menschen in den Industrienationen des Westens wachrütteln, ihnen geradezu einhämmern, dass unser neoliberales System an seiner eigenen Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit scheitern wird. Seine konkreten Analysen der globalen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse und des wachsenden, oft ohnmächtig gewaltsamen Widerstands der Unterdrückten, Verarmten und Ausgegrenzten verfolgen den Leser immer noch, lange nachdem er das Buch zugeschlagen hat.

Jean Ziegler
Das Imperium der Schande
Bertelsmann Verlag, München
ISBN: 357 000 87 89



Opfer der Zeit

*Ihr Herz lieber im alten Bergwald blieb,
wo aus kalten Bächen ihre wilde Serele entstieg,
wo Wasser flossen in den tiefsten Grund,
doch in moderner Zeit sind Körper gezähmt und Seelen wund.*

*Ich wollt, dass sie mich mitnimmt in ihr Reich,
in die alte, dunkle Waldesnacht,
die meiner tiefsten Sehnsucht gleicht,
doch gefangen ist auch sie, durch Technik streng bewacht.*

*So trug sie ihr schmerzendes Leid
in tiefste Schluchten und in tiefste Seen.
Zur fernen, unendlichen Geborgenheit
und hoch zu Sternen, die sie oft hat leuchten gesehen.*

*Wo unter Schnee und Eis die Quelle rauscht,
konnte sie mich nicht nehmen in ihr Land,
haben wir uns oft in unsere Augen geschaut,
denn sie war der Mensch, der mich verstand.*

*Ihre Haut berührte niemals meine Haut,
ihr Mund berührte niemals mein Gesicht,
schweigend fiel des Winters Schnee auf sie vertraut
und hat doch viele wilde Tiermünder geküsst.*

*Was sie aus ihren Bächen hat gelauscht,
altes Urgeschrei, niemand verliert es,
mit ihrem Blut gemischt das Wasser rauscht
und ihr Gott trägt den Kopf des starken Tieres.*

Ralfis Ökotipp

Neulich sagte mir ein Rotdornjournalist: „Guck, ich zeig Dir mal was für vergessene Wälder!“ Er nahm sein leeres Feuerzeug und füllte es auf. Das ist ökologisch und preiswert, weil es Geld und Material für neue Feuerzeuge spart. Besser wäre es, gar nicht mehr zu rauchen. Denn viele Bäume werden für Brennholz gefällt, um wenig Tabak schnell zu trocknen. Ganze Wälder werden verheizt, damit Tabak schnell trocknet und verarbeitet werden kann. Wenn Ihr Euch also das Rauchen abgewöhnt habt, könnt Ihr mit dem gesparten Geld ruhig mal Lebensmittel im Bioladen kaufen. Nicht mehr rauchen, natürliche Lebensmittel kaufen sind zwei Aktionen für eine gesunde Natur und einen gesunden Menschen. Ich habe noch nie geraucht.

Todesurteil für den Palast der Republik

von Stefan Lippianowski

Am 11. Januar 2006 hat der Bundestag beschlossen, dass der Palast der Republik abgerissen wird – nicht einmal 16 Jahre nach dem Beitritt der DDR. Damit ist eine Abrechnung mit der DDR-Geschichte gemacht worden. Auch die neue Bundeskanzlerin steht erwartungsgemäß nicht hinter dem Palast. Berlin verliert ein Teil seines Stadtbildes nach 30 Jahren.

Ich kann nicht mehr vorbeifahren, wo der Palast stand. Ich muss immer trauern.

Anders Leben

»Anders leben« ist eine Internetplattform, auf der Ideen gesammelt und entwickelt werden, um Möglichkeiten eines Lebens fernab der »40-Stunden-Woche« zu suchen.

Das Ganze soll keine theoretische Arbeit sein, sondern das Sammeln von praktischen, an den Bedürfnissen des Menschen orientierten und umsetzbaren Möglichkeiten, bei denen man sich dem wirtschaftlichen Sachzwang von Geld zu entziehen versucht. Das Projekt wird in Form eines »Mitmachwikis« realisiert, d. h. die Seite kann von jede/m frei bearbeitet werden.

♦ www.anders-leben.tk

Das Märchen von Hartz IV

Neuerungen und Konsequenzen in der Arbeitsmarktreform

Hartz IV ist eine Geschichte für sich. Allerdings keine sehr schöne. Kurz die Rollenverteilung: Die Arbeitslosen sind das Schneewittchen, das Arbeitslosengeld II der vergiftete Apfel und der Staat ist die böse Stiefmutter.

Doch wen hat es denn nicht schon einmal interessiert, wie der Apfel vergiftet wurde?

Um das Arbeitslosengeld II zu empfangen, muss man zwischen 16 und 65 Jahre alt sein, täglich mindestens drei Stunden arbeiten können und in Deutschland leben. Jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren werden besonders stark vergiftet. Wenn diese einen Arbeitsplatz ablehnen, erhalten sie für drei Monate keine Geldleistungen. Außerdem sind sie seit diesem Jahr dazu gezwungen, solange bei ihren Eltern wohnhaft zu bleiben, bis sie

- a) entweder einen Arbeitsplatz finden,
- b) das 26. Lebensjahr erreichen oder
- c) freiwillig auf ihre Leistungen verzichten und trotzdem ausziehen.

Das sind doch humane Wahlmöglichkeiten oder etwa nicht? Da wird mal eben von der bösen Stiefmutter eine neue Form der Abhängigkeit der Kinder und Jugendliche von ihren Eltern und von der bösen Stiefmutter geschaffen und keiner tut etwas dagegen.

Bei diesem Märchen wird es kein: »Und sie lebten glücklich und zufrieden bis an ihr Lebensende« geben. Dafür wird die böse Stiefmutter schon sorgen.

■ MaG

Anzeige

Roter Laden in Tegel



Wir haben auch einen Plan

für eine ...

... soziale, ...
demokratische,
... kritische, ...
linke, ...
selbstbestimmte,
... aktive,
... aber vor allem
JUNGE Politik

Du willst mitmachen? Die PDS-Jugendgruppe Reinickendorf trifft sich jeden Dienstag um 17 Uhr im Roten Laden.

Hier trifft sich auch

die Ortsgruppe der **Volkssolidarität** Reinickendorf; sie veranstaltet jeden letzten Freitag im Monat um 9 Uhr ein Erwerbslosenfrühstück

die Bezirksgruppe der **VVN-BdA Reinickendorf** (z.B. am 18.5., 15 Uhr).

Hier gibt es die Tegeler Dialoge der **Hellen Panke** (z.B. am 1.6., 19 Uhr mit Prof. Dieter Klein zum Thema „Uns aus dem Elend zu erlösen...“ - *Gesellschaft am Scheideweg und die Linke*)

Der Bezirksvorstand der **Linkspartei.PDS** Reinickendorf tagt jeden Montag um 17 Uhr.

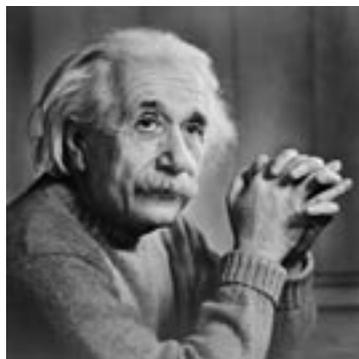
Die Linke.PDS Reinickendorf * Schloßstraße 22 * 13507 Berlin * (U6 Alt Tegel) * Tel.: 43 73 26 30 * Fax: 43 73 26 32 *
mail: reinickendorf@linke.pds-berlin.de * www.linkspartei.pds-reinickendorf.de * geöffnet: Mo – Fr 15-18 Uhr

Zwischen Anpassung und Widerstand

Der Physiker Wernher von Braun entwickelte und baute die »Vergeltungswaffe V2« für die Wehrmacht. In der Heeresversuchsanstalt Peenemünde setzte er auch KZ-Häftlinge zum Bau dieser widerwärtigen Waffe ein. Der Kernphysiker Otto Hahn forschte an der Kernspaltung. Als er 1944 den Nobelpreis erhielt, verleugnete er, dass den Großteil der Arbeit die jüdische Wissenschaftlerin Lise Meitner leistete.

Zwei Beispiele für Wissenschaftler, die aktiv für die Interessen des Naziregimes forschten. Die Entscheidung »Anpassung oder Widerstand« fiel bei den meisten deutschen Wissenschaftlern auf Ersteres, nur wenige Wissenschaftler gingen in Opposition zum Regime. Die Nazis gaben sich währenddessen als Förderer der Wissenschaft aus, ihre sogenannte »Rassenlehre« stand dabei im Mittelpunkt. Doch sie verfolgten erbarmungslos Wissenschaftler, die politisch nicht genehm waren, deren Wissenschaft nicht mit ihren Theorien übereinstimmte oder die nach den antisemitischen Rassegesetzen keine Arier waren. So gingen viele ins Ausland. Wem nicht rechtzeitig die Flucht gelang, dem drohten in Deutschland Repressalien, Deportation und Tod.

militärisch verwenden ließ. Und so verlor Deutschland in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts diese wissenschaftliche Spitzenposition.



Albert Einstein

Ein paar Beispiele für verfolgte Wissenschaftler:

* Der wahrscheinlich bekannteste verfolgte Wissenschaftler war **Albert Einstein**. Schon während des ersten Weltkrieges kämpfte er für einen gerechten Frieden. Später engagierte er sich in der Deutschen Liga für Menschenrechte. Er arbeitete auch mit der Roten Hilfe zusammen die sich für linke Häftlinge einsetzte. Schon vor 1933 arbeitete er viel im Ausland. Wegen der Machtgreifung der Nazis kehrte er nicht mehr nach Berlin zurück. Auch wenn er 1938 mit seinem Brief an Roosevelt den Anstoß für das Manhattan Projekt gab, beteiligte er sich nie am Bau der Atombombe.

* **Lise Meitner** wurde 1933 die Lehrbefugnis aufgrund ihrer jüdischen Abstammung entzogen. 1938 floh sie über Holland und Dänemark nach Schweden. Bis 1946 arbeitete sie am Nobel Institut in Stockholm. Obwohl sie als »Mutter der Atombombe« gefeiert wurde, lehnte sie jeden

Forschungsauftrag zur Entwicklung von Atomwaffen ab. Als Pazifistin setzte sie sich bis zu ihrem Tod 1968 für eine ausschließlich friedliche Nutzung der Kernkraft ein.

* Die Geschwister **Emmy und Fritz Noether** gehörten zu den bedeutendsten Mathematikern des frühen 20. Jahrhunderts. Emmy Noether setzte sich gegen den ersten Weltkrieg ein und engagierte sich auch politisch in der Weimarer Republik. Im April 1933 wurde die Jüdin, Sozialistin und Pazifistin Emmy Noether aufgrund des Nazi-Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums beurlaubt; im September entzog man ihr die Lehrbefugnis, im Oktober emigrierte sie in die USA, wo sie 1935 starb. Ihr Bruder Fritz Noether emigrierte 1934 in die Sowjetunion, nachdem er aus rassistischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden war.



Felix Hausdorff

* Der jüdische Mathematiker **Felix Hausdorff** gilt als einer der Vorreiter der modernen Analysis und leistete wissenschaftliche Arbeit zur Theorie der geordneten Mengen. Anfang der zwanziger Jahre war er Mitglied der USPD. Unter dem Namen Paul Mongré voröfentlichte er literarische und philosophische Werke. »Das Chaos in kosmischer Auslese« beinhaltet eine kritische Auseinandersetzung mit Nietzsches Idee der ewigen Wiederkunft. Da Hausdorff schon

vor 1914 deutscher Beamter war, wurde er erst 1935 entlassen. Um der Deportation in die Vernichtungslager zu entgehen, wählte er am 26. Januar 1942 gemeinsam mit seiner Familie den Weg in den Freitod.



Kurt Gödel mit Albert Einstein

* **Kurt Gödel** war Teilnehmer am Hilbertprogramm zum Nachweis der Widerspruchsfreiheit der axiomatischen Systeme. 1931 zeigte er durch den Beweis des Unvollständigkeitssatzes, dass es keine Widerspruchsfreiheit geben kann. Nachdem Österreich 1938 Teil des Deutschen Reiches wurde, entzog man ihm die Lehrbefugnis »bis auf weiteres«. Er floh über die Sowjetunion in die USA, wo er gemeinsam mit Albert Einstein seine Arbeit fortsetzen konnte.

Die meisten dieser Namen sind nicht so bekannt, wie die derjenigen, die sich dem System anpassten. Der wichtigste Grund dafür ist, dass sie ihre Arbeit nach 1933 nicht fortsetzen konnten und es ihnen so verwehrt blieb, als große Wissenschaftler in die Geschichte einzugehen. Statt Ruhm und Anerkennung in der Wissenschaft erwartete diese Forscher Tod und Verfolgung in den Vernichtungslagern der Nazis. Widerstand war in der Wissenschaft genau so wichtig, wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft.

■ sl

Zum Weiterlesen

Paul Mongré (Pseudonym von Hausdorff)
Das Chaos in kosmischer Auslese
E. Eichhorn, E.-J. Thiele (Hrsg.)
Vorlesungen zum Gedenken an Felix Hausdorff
Briefwechsel zwischen Albert Einstein und Sigmund Freud: Warum Krieg?



Lise Meitner und Otto Hahn

Auf diesem Wege vernichteten die Nazis einen Großteil des wissenschaftlichen Potentials der Welt. Vor 1933 galten Berlin, Bonn, Breslau (Wrocław) und vor allem Königsberg (Kaliningrad) als Zentren der mathematischen Forschung. Sehr schnell wurde nur noch entwickelt, was sich

Der neue Antiislamismus

Die politischen Scharfmacher, die den Kampf der Kulturen herbeisehnen, sei es Osama bin Laden, sei es der rechtspopulistische italienische Reformminister Caldeoli mit einer der Mohammed-Karikaturen auf dem T-shirt oder Edmund Stoiber mit seiner »reinrassigen« Leitkultur, sie alle bedienen einerseits Vorurteile und Stammtisch-Parolen, andererseits die blinde Wut der Ausgebeuteten und Unterprivilegierten. Fast jeden Tag klagt irgendwo in Deutschland ein selbsternannter »Abendländer« Muslime an. Der wahre Kern dieser Anklage besteht darin, dass die Muslime heute in Europa Fremde fremden Glaubens mit fremden Sitten und Gebräuchen sind. Aber müssen wir nicht in einer immer enger zusammenrückenden, durch Kommunikationssysteme vernetzten Welt das uns unvertraute und deshalb unheimliche Fremde unvoreingenommen betrachten und respektieren?

Fundamentalismus

Rund zwei Milliarden Menschen auf der Welt bekennen sich als gläubige Muslime zu Allah und zu Mohammed seinem Propheten. Jede der großen Religionen produziert häufig entgegen den Lehren ihrer Stifter Unfreiheit und Fanatismus. Heute spricht die Öffentlichkeit jedoch überwiegend nur über den islamischen Fundamentalismus. Dabei erleben wir gerade in George W. Bush einen Vertreter des christlichen Fundamentalismus. In seinen weltanschaulichen »Sprüchen« teilt er grob vereinfachend die Welt in Gut und Böse ein und ruft die »freie Welt« zur Vernichtung des Bösen im Namen seines Glaubens auf. Christliche US-amerikanische Lebensschützer bedrohen das Leben von Ärzten, die auf Wunsch unglücklicher Frauen Abtreibungen vornehmen wollen. Christliche Fundamentalisten leugnen die Darwinsche Entwicklungslehre und verbrennen Schulbücher, die diese wissenschaftlich bewiesene Tatsache enthalten. Der Vatikan erklärt im Namen des christlichen Glaubens Homosexualität für eine Krankheit. Israelische rechtsextreme Parteien fordern im Namen ihrer Religion ein Großisrael und wollen alle Palästinensergebiete annektieren. Die jüdischen Fundamentalisten verbieten die Heirat mit Nicht-Juden u.s.w..

Auch der islamische Fundamentalismus gebärdet sich intolerant und militant. Jedoch ist wahrlich nicht jeder gläubige Moslem ein Fundamentalist, ebensowenig wie nicht jeder Katholik die offizielle Meinung seiner Kirche vertritt, man müsse von Rom abweichende theologische Auffassungen mit Lehr- und Redeverbot belegen wie zu Zeiten der heiligen Inquisition.

Terrorismus

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy schrieb kurz nach dem 11. September 2001 in der FAZ (28.09.01) unter dem Titel »Wut ist der Schlüssel«: »Könnte es sein, dass die finstere Wut, die zu den Anschlägen führte, nichts mit Freiheit und Demokratie zu tun hat, sondern damit, dass amerikani-

Passt nicht ins Weltbild religiöser Eiferer aller Coleor: Studentin islamischen Glaubens beim Tanzen

sche Regierungen genau das Gegenteil unterstützt haben – militärischen und wirtschaftlichen Terrorismus, Konterrevolution, Militärdiktaturen, religiöse Bigotterie und unvorstellbaren Genozid (außerhalb Nordamerikas)?« Die USA trauerten im Herbst 2001 um mehr als 3000 unschuldige Menschen. Fünf Jahre zuvor jedoch hatte ihre UNO-Botschafterin Frau Albright über den Erfolg der Irakpolitik ihres Landes erklärt, die 500 000 irakischen Kinder, die infolge des amerikanischen Wirtschaftsembargos gestorben sind, seien, alles in allem, ein nicht zu hoher Preis für diese Politik gewesen (FAZ vom 28. 9.. 2001). Diese politische Weltsicht greift Arundhati Roy an. Es geht ihr »...um die willkürliche Unterscheidung zwischen Zivilisation und Barberei, zwischen Ermordung unschuldiger Menschen oder Krieg der Kulturen mit Kollateralschäden. ...Wie viele tote Iraker sind notwendig, damit es besser zugeht auf der Welt? Wie viele tote Afghanen für jeden toten Amerikaner? Wie viele tote Frauen und Kinder für einen toten Mann? Wie viele tote Mudschaheddin für einen toten Investmentbanker?« Der Westen bestimmt, wer Terrorist ist und wer Verteidiger der kapitalistischen Freiheit. Nicht die US-Bomber über Belgrad, über dem Irak oder Afghanistan, nicht die Mordkommandos der Russen in Tschetschenien oder der Israelis im Gaza-Streifen und in der Westbank sind Terrorismus, nein, nur die Selbstmordattentäter von New York, Jerusalem oder Bagdad sind Terroristen. Jeder

Krieg, jede Gewalt, jedes illegale Gefängnis, jeder rechtsfreie Raum darf im 21. Jahrhundert kein Mittel der Politik mehr sein. Zur islamischen Religion gehört der Terrorismus ebensowenig, wie zum christlichen Glauben die Kreuzzüge. Islam heißt wörtlich »Ergebung«, der Stamm des Wortes kommt von »salama«, was Friede bedeutet.

Frauenrechte

Blickte die über die Muslime den Kopf schüttelnde Feministin einmal aus der Perspektive der muslimischen Welt auf unsere Gesellschaft, so tauchten vor ihrem geistigen Auge gewiss manche Ungeheuerlichkeiten auf: Stellen wir uns vor, in Kairo oder Kabul gäbe es Gruppen gebildeter Kopftuchträgerinnen, die Vereine zur Rettung der westlichen Frauen gegründet hätten. Ihrer Sorge um die westliche Frau läge die Tatsache zugrunde, dass allein in Deutschland etwa eine Millionen Frauen z. T. lebensgefährlich an Magersucht und anderen Formen von Essstörungen erkrankt sind, weil sie nicht dem »Schönheitsideal« der Regenbogen-Presse entsprechen. Ferner treibt sie zu ihrem Engagement die konstant hohe Gewalt gegen Frauen in Europa und den USA. Schließlich haben diese bekopftuchten Frauen zur Kenntnis nehmen müssen, dass unzählige westliche Männer als Sextouristen durch die Welt jetten, oft minderjährige Mädchen aus fernen Ländern missbrauchen und traumatisieren und damit ihren Ehefrauen Kummer und Schande bereiten. Um sich über unsere hoch entwickelte Zivilisation umfassend zu informieren, schauen diese islamischen Frauenrechtlerinnen auch die Shows an, die nachmittags im Fernsehen laufen, also Formate wie die »Oliver-Geissen-Show«, in denen Tag für Tag junge Menschen gegeneinander aufgehetzt werden, um Themen zu diskutieren wie »Hilfe, mein Freund kann nur anal!«.

► weiter auf Seite 17



Humankapital marktgerecht

Auf dem EU-Gipfel im März 2000 vereinbarten die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten mit der so genannten Lissabon-Strategie das Ziel, Europa bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Seitdem wird Bildung in der Politik der Europäischen Union immer wichtiger. Die Interessen der Lernenden und Lehrenden spielen dabei jedoch kaum eine Rolle.

Vorrangiges Ziel ist es stattdessen, der europäischen Wirtschaftslobby ihren Handel mit Bildungsangeboten zu vereinfachen. Einen wesentlichen Beitrag soll dazu die Bolkesteinrichtlinie leisten. Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, dann fällt auch der Bildungsbereich ganz bewusst unter den Geltungsbereich der Richtlinie. Die BetreiberInnen von Hochschulen oder Weiterbildungsinstituten könnten ihre Bildungsangebote dann nach den Qualitätskriterien ihres Sitzlandes europaweit vermarkten. Bildung würde somit noch stärker zu einer Dienstleistung und der Weg zur enthemmten Privatisierung der europäischen Bildungssysteme wäre noch weiter geöffnet.

Neben dieser Politik der Deregulierung nimmt die EU-Kommission – wieder im Interesse der Unternehmenseite – auch zunehmend auf die inhaltliche Ausgestaltung der Bildungsangebote Einfluss. Ziel von Bildung

in ihrem Verständnis ist die so genannten »employability«. Wer sich fragt, was sich hinter diesem Schlagwort verbirgt, wird in den entsprechenden EU-Dokumenten schnell fündig: Menschen sollen sich möglichst störungsfrei in den aktuell bestehenden Arbeitsmarkt einpassen lassen. Es geht nicht darum, dass sie zu einer gestaltenden und selbstbestimmten – und in diesem Sinne auch zu einer verändernden Rolle – qualifiziert werden.

All das zeigt, dass es der EU-Kommission nicht um eine bessere Bildung und eine Öffnung des

Bildungszugangs, sondern um höhere Gewinne und ein besser verwertbares Humankapital für die europäische Wirtschaftslobby geht. Ohne den Druck von Schülerinnen, Studierenden, Auszubildenden und der in Bildung und Wissenschaft Beschäftigten wird sich daran nichts ändern. Wir sollten deshalb darauf hinarbeiten, auch in bildungspolitischen Auseinandersetzungen verstärkt eine europäische oder internationale Perspektive einzunehmen. Quer durch alle Bildungsphasen sollten wir gemeinsam für grundlegende Bildungsreformen streiten. Dabei muss es unser Anspruch sein, diese Auseinandersetzungen mit anderen sozialen Kämpfen zu verbinden. Die Proteste gegen Bolkestein waren hierzu ein guter Anfang.

■ Nele Hirsch

Die Autorin, Jahrgang '80, ist Mitglied von [solid] und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.



www.nele-hirsch.de



► Fortsetzung von Seite 16

Natürlich entspricht die Stellung der Frau im Islam nicht unseren heutigen Vorstellungen. Aber vor mehreren Jahrzehnten herrschten in weiten Teilen Europas ebensolche traditionelle Lebensansichten über die Rolle der Frau: keine voreheliche Sexualität, Gehorsamsheirat, Verbot der Scheidung, Frauen haben dem Ehemann untertan zu sein, kein Wahlrecht (in Frankreich erst seit 1945). In vielen Kulturen außerhalb der islamischen Welt erlangten Frauen bis heute nicht die Spur von Gleichberechtigung. In Asien werden Millionen junger Mädchen verkauft und der Prostitution zugeführt. Dennoch kommt es uns nicht in den Sinn, deshalb die asiatischen Religionen und Kulturen zu verdammen? Denn eigentlich interessiert das Schicksal von

Frauen unsere journalistisch tätigen »Berufsfeministen« nicht. Sie wollen nur einige Lebensgeschichten von Musliminnen in den Medien gut vermarkten. Doch die Lebenssituation von Millionen Frauen und Mädchen, die beispielsweise wie Haussklaven von begüterten Frauen in islamischen, christlichen, jüdischen und buddhistischen Ländern ausgebeutet werden, lohnt die Skandalisierung nicht. Darüber nachzudenken, würde bedeuten, das schreiende Unrecht wahrzunehmen, in das wir auf vielfältige Weise gesellschaftlich verwickelt sind.

Legitimationsgrundlage

Nachdem das Feindbild Kommunismus als durchschlagendes Motiv für die Aufrüstung weggebrochen ist, suchte der militärisch-industrielle Komplex des

Westens dringend nach einem neuen Feindbild. Der heutige Antislamismus dient ihm als Legitimation für eine aggressive politisch-militärische Strategie zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten. Diese Strategie funktioniert jedoch nur, wenn in der Öffentlichkeit des sog. christlichen Abendlandes die Glut eines neorassistischen Ressentiments (Vorurteil) entfacht wird. Je weniger die Menschen ihre Lebenswelt – wirtschaftliches, politisches und militärisches Handeln – noch verstehen, umso besser funktioniert der propagierte Antislamismus. Wir kommen mit dem Leben und der Religion unserer muslimischen Mitbürger in Berührung, die Medien berichten über die islamische Welt, den Terrorismus und die Menschenrechtsverletzungen. Mitten in dieser Informationslawine fragen die

Menschen ratlos geworden nach Orientierung. Für sie bietet der Antislamismus eine absolut griffige, klare, zumindest oberflächlich nachvollziehbare Erklärung unserer Welt. Die Europäer wie die US-Amerikaner verwandeln sich angesichts des »finsternen Islam« in die Speerspitze der Zivilisation. Die Abendländer werden zu lauterer Tugendwächtern, rational denkenden Praktikern und Partisanen des Humanismus. Nie fühlen die Menschen des Westens ihre Überlegenheit stärker als dann, wenn sie ihre gesammelten Ratlosigkeiten, die pathologischen Widersprüche ihrer Gesellschaft sowie die aberwitzige Gewalt, die hinter ihnen liegt und die im Namen höherer, fundamentalistischer Werte von ihren Regierungen immer noch ausgeübt wird, wenn sie dies alles auf den Islam projizieren dürfen.

■ Klaus Körner

Was passiert mit unserem Müll?

Müll produziert jeder – pro Person durchschnittlich mehr als 500 Kilogramm im Jahr! Klar ist, dass diese riesigen Mengen zwangsläufig Probleme mit sich bringen. Der Platz auf Mülldeponien wird knapp, außerdem gefährdet Sickerwasser den Boden und das Grundwasser. Der Bau von Müllverbrennungsanlagen und Anlagen zur Müllsortierung, Kompostierung und Wiederverwertung stößt auf heftigen Widerstand der Anwohner. Wohin also mit unserem Müll?

Meist wird der Begriff Müll als erstes mit Abfällen verbunden, die täglich im Haushalt anfallen. Tatsächlich aber machen diese nur gut ein Zehntel des gesamten Müllaufkommens in Deutschland aus. Insgesamt werden Jahr für Jahr 400 Millionen Tonnen Abfall produziert. Allein Bauschutt, Bodenaushub und Baustellenabfälle machen 60 Prozent davon aus. Rund 50 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle fallen jährlich an. Zieht man davon Kompost und Wertstoffe wie Glas, Papier und Kunststoffe sowie hausmüllähnliche Gewerbeabfälle ab, bleiben noch 20 Millionen Tonnen Hausmüll, die in der Müllverbrennung oder auf Deponien landen und die Umwelt belasten. Pro Person sind das rund 250 Kilogramm Müll jährlich.

Was ist zu tun – Es gibt nur eine Antwort: Müll vermeiden

Überquellende Mülldeponien, überlastete Müllverbrennungsanlagen, in Güterwaggons zwischengelagerter Abfall: Dieses Szenario ist Realität in Deutschland. Es herrscht gerade heutzutage Müllüberfluss! Um der Abfallflut Herr zu werden, trat 1991 die Verpackungs-Verordnung in Kraft. Sie verpflichtet Industrie und Handel, Verpackungen auf ein Mindestmaß zu begrenzen und sie zurückzunehmen, um sie wieder dem Stoffkreislauf zuzuführen. Sieht man sich jedoch in jedem beliebigen Supermarkt um, fallen riesige Mengen an Verpackungsmaterial doppelt an. Hier ist es nötig, zu sparen. Es ist überflüssig, bereits verpackte Ware in weitere Kartons,

Tüten etc. zu verpacken. Um Kosten und auch Umweltbelastungen zu vermeiden, wäre es schön, auf doch so manche Handhabungen früherer Zeiten zurückzugreifen. Da war es zum Beispiel an der Tagesordnung, bei Einkäufen Ware in mitgebrachten Beuteln oder Tüten zu transportieren.

Was passiert nun mit unserem ganzen Papier, Pappe, Kunststoffmüll?

Ersteinmal werfen wir alles in den gelben Sack oder in die blaue Tonne – und was passiert dann? Die billigste Art der Entsorgung ist die Müllhalde. Knapp 400 Deponien für Siedlungsabfall gibt es heute in der Bundesrepublik. Eigentlich soll nur das, was nicht anders verwertet werden kann, auf Deponien entsorgt werden. Dass es nicht nur dabei bleibt, bestätigen uns Bilder von schweren Katastrophen, wie der Brand von 15 000 Tonnen Gewerbemischabfälle der Deponie in Bernau am 23. September 2005. Das Landesumweltamt hat den Betrieb auf dem Gelände der GEAB vorerst geschlossen, wegen illegalen Betriebens und zuviel gelagertem Abfall. Derzeit liegt noch ein Berg von 10 000 Tonnen Müll weiter als Brandlast unter einer Erdschicht.

Nach der Katastrophe hörte man aus allen Mündern die Frage, wie es nur dazu kommen konnte! Fest steht, dass Tonnen von Restmüll auf Deponien gekippt und dann sich selbst überlassen werden. Eine tickende Zeitbombe sagen Experten. Welche Gefahren von diesen Deponien



ausgehen, ist den meisten nicht bewusst: Regenwasser wäscht Schadstoffe aus dem Müll heraus, die dann das Grundwasser verseuchen können. Zudem verursachen Restmüll-Deponien riesige Mengen an klimaschädigendem Methangas. »Die dabei entstehenden Methangase haben erheblichen Anteil am Klimawandel. Sie sind etwa 21-mal so schädlich wie Kohlendioxid«, sagt Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Und es lauern weitere Gefahren: »Die Palette der Möglichkeiten reicht von der illegalen Umdeklarierung der Abfälle und die Deponierung im Ausland bis hin zur Vermischung von Abfällen aus der mechanisch-biologischen Behandlung und nicht vorbehandelten Siedlungsabfällen«, so NABU-Präsident Tschimpke. Besonders problematisch seien die so genannten Zwischenlager. Dort können nicht vorbehandelte Abfälle bis zu drei Jahren gelagert werden, bevor sie behandelt werden. In Brandenburg lagern nach Informationen des RBB-Fernsehmagazins »Klartext« 29 Abfall-Sortieranlagen ohne Genehmigung große Mengen Müll. Davon sind 18 Anlagen insolvent. Die Kosten für Räumungen würden mehrere Millionen Euro betragen. Die betroffenen Unternehmen haben zudem keine Sicherheitsleistungen für den Fall einer Insolvenz hinterlegt. Es ist zu befürchten, dass darauf spekuliert wird, dass sich nach

drei Jahren keiner mehr an den dort gelagerten Müll erinnert« kritisierte Tschimpke.

Die Kapazität einer jeden Deponie ist also begrenzt. Hat sie eine bestimmte Höhe erreicht, bleibt nur noch ihre Stilllegung. Ohne die Überwachung und Nachsorge stillgelegter Deponien können sie jedoch leicht zum Umweltrisiko kommender Generationen werden. Deponien, die die neuen Umweltauflagen nicht einhalten oder nicht umgerüstet werden können, müssen geschlossen werden!

Doch damit sind unsere Abfälle noch nicht aus der Welt! Für jeden in unserer Gesellschaft wird die Frage, wie wir uns von einer »Wegwerfgesellschaft« zu einer Gesellschaft entwickeln können, die sich das Prinzip der Vermeidung zu eigen macht und zu einer Kreislaufwirtschaft gelangt, von Bedeutung werden. Genauso wichtig wie die umweltschonende Beseitigung des Mülls ist die Müllvermeidung. Nach Schätzungen des Öko-Institut ließe sich durch intensive Beratung und Motivierung der Bürger die Müllmenge in Großstädten wie Berlin um die Hälfte oder zumindest ein Drittel reduzieren. Entscheidende Schritte hierzu erfordern Veränderungen im individuellen Verhalten. Nur Abfallvermeidung führt dazu, dass weniger Abfall verbrannt werden muss und weniger Treibhausgase erzeugt werden.

13. Mai 2006

EU-Lateinamerika Gegengipfel

Hugo Chavez und Evo Morales sprechen in Wien auf der Abschlusskundgebung des »EU-Lateinamerika Gegen-Gipfels«. Wer Interesse hat, dorthin zu fahren melde sich bei heiko@khoo.org

Elne Einladung von
Rotdorn

Hands Off Venezuela
Netzwerk Venezuela

17. Mai 2006 19 Uhr

»Venezuela auf dem Weg zum Sozialismus«

Es spricht der venezolanische Gewerkschaftsführer Ruben Linares, Mitglied der Nationalen Koordination der Unión Nacional de Trabajadores (Nationaler Arbeiterbund - UNT), der neuen, mittlerweile stärksten Gewerkschaftszentrale Venezuelas. Er ist außerdem Vizepräsident der Transportarbeitergewerkschaft FEDUTRANS (Federación Unitaria del Transporte) Ruben Linares ist gerade auf der Durchreise in Deutschland. Wir freuen uns, diesen Akteur der bolivarianischen Revolution in Venezuela und Protagonisten der sozialistischen Umwälzung in seinem Land zu Gast zu haben.

Nutzt die Gelegenheit Ruben Linares zu erleben und aus erster Hand über die Revolution in Venezuela zu erfahren.

IG Metall - Haus

Alte Jakob Straße 149

Berlin 10969

nahe U-Bahnhof Hallesches Tor

19. Mai 2006 ab 21 Uhr

Konzert



Los Fastidios (Streetpunk/Italien) & The Vandogs (Melodycore/Regensburg)
Im Tommy-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,
U-Bahn: Hallesches Tor

20. Mai 2006 ab 15 Uhr

Demo gegen die NPD-Bundeszentrale

Köpenick gehört zu den Bezirken Berlins, die nicht nur weit im Osten liegen, sondern auch so einige Probleme mit rechtsextremen Strukturen haben. Neben der Bundeszentrale der NPD befinden sich hier verschiedenste Kneipen mit rechtem Publikum, Geschäfte die Nazistuff vertreiben und natürlich Rechtsextreme, die hier wohnen und Übergiffe auf nichtrechte Menschen begehen. Neben den Nazis von heute werden dabei auch historische Ereignisse thematisiert: Zwangsarbeiterlager, Arisierungen jüdischer Geschäfte und die Ermordung von Kommunist(inn)en, Jüdinnen und Juden und allen anderen Opfern der Nationalsozialisten. Werdet aktiv – Keine Toleranz für Nazis!

Treffpunkt: S-Bahnhof Köpenick

3. Juni 2006

Großdemonstration gegen Sozialabbau in Berlin

Die Demonstration wird ein erster großer Protest gegen die Sozialabbau-Pläne der Großen Koalition sein. Die Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen für Jugendliche, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Lockerung des Kündigungsschutzes und vieles mehr, die Liste der sozialen Grausamkeiten der neuen Großen Koalition ist lang. Höchste Zeit sich zu wehren. Genauer Zeitpunkt und Ort stehen noch nicht fest, beizeiten zu erfahren auf www.rotdorn.org.

16. Juni 2006

Alternatives WM-Ska/Punk-Festival

Live-Übertragung aller Spiele in der Kneipe »Linie 1«:

Argentinien vs. Serbien (15:00)

Holland vs. Elfenbeinküste (18:00)

Mexiko vs. Angola (21:00)



Anschließend ab 21 Uhr Konzert:

Skatoons (Skapunk/Hamburg)

No Life Lost (Skapunk/Hamburg)

Minnie The Moocher (Skapunk/Berlin)

Im Tommy-Weißbecker-Haus,

Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,

U-Bahn: Hallesches Tor

1. bis 8. Juli 2006

Straßenfußball-WM



Straßenfußballer aller Länder, vereinigt euch! In Berlin-Kreuzberg findet ein bemerkenswertes Turnier statt: Die erste Straßenfußball-Weltmeisterschaft. 24 Teams vertreten 24 soziale Fußballprojekte aus der ganzen Welt.

♦ www.streetfootballworld.org

Frühsommer 2007

G8-Treffen in Heiligendamm



Die acht größten »Führer der Welt« treffen sich 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste. Wer Lust hat bei der Vorbereitung des Protestes mitzuhelfen, kann sich bei uns melden: rotdorn@gmx.de.

♦ www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/g82007/

♦ www.sozialforum-berlin.de

♦ <http://de.dissent.org.uk/>

Aktuelle Termine auf
www.ROTDORN.org

Anzeige

antworten : abweisen : aneignen

re:control



kongress:

BUKO²⁹

25. - 28.5. '06

TU Berlin

themen:

energie | stadt & sicherheit
migration & kolonialismus | G8



anmeldung und infos:

www.buko.info | t 040 - 393 500

Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

Ich brauch ein Abo!

Das Abo ist kostenlos solange wir dies finanzieren können. Wenn Du uns die Portokosten (oder mehr) überweist (Bankverbindung siehe Impressum), ist Dein Abo 100% gesichert! Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl:

Name

Straße

PLZ Ort

eMail Tel.

Den Rotdorn 44 fand ich

Themenauswahl (Note 1-6) Aufmachung: (Note 1-6)

Bester Artikel

Warum? Weil

Deine Kritik

Ich habe den Rotdorn Ort, Anlaß, Begebenheit erhalten.

Ich lese den Rotdorn zum Mal Ich bin Jahre alt

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870 106
13161 Berlin



**Alle zwei Wochen erwartet
euch das volle Programm:**

**Mit wechselnden Themenschwerpunkten
machen wir politisches Jugendradio,
mit Studiogästen, Livemitschnitten und
Musik von Reggae/Ska über Hip-Hop bis Punk.**

Einschalten!

**An jedem 1., 3. und 5. Montag im Monat
um 20 Uhr**

auf der Frequenz des OKB

In Berlin:

Antenne 97,2

Kabel 92,6

Anderswo:

www.okb.de/radiostream.htm

**Ein Archiv der bisherigen
Radiosendungen findet ihr unter:**

www.ROTDORN.org